

An den
Ministerpräsidenten des Landes
Niedersachsen
Herrn David McAllister
Planckstr. 2
30169 Hannover

Landtagsfraktion Niedersachsen

Stefan Wenzel
Fraktionsvorsitzender

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel: 05 11 / 30 30 – 3301
Fax: 05 11 / 30 30 – 3807
Stefan.Wenzel@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Hannover, 29. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie haben mit Gorleben einen gesellschaftspolitischen Großkonflikt geerbt, der 33 Jahre alt ist. Am Anfang stand ein politischer Kuhhandel. Die geologische Eignung des Standortes Gorleben spielte dabei keine Rolle. Es ging damals um den Bau einer der größten chemisch-nuklearen Fabriken in Europa. Es ging um den Nachweis der Entsorgungsvorsorge. Oder auf Deutsch gesagt: es ging um den Versuch, zu beweisen, dass der nukleare Abfall sicher beherrscht, gelagert und beseitigt werden kann.

Sie wissen, dass die Halbwertszeit vieler Radionuklide deutlich länger ist als in den Anfängen der Atomkraft angenommen; es geht um Tausende und viele Millionen Jahre - unvorstellbare Zeiträume, die zeigen, dass auch eine angenommene Endlagersicherheit von einer Million Jahre nur eine fiktive Größe ist, die eigentlich noch viel zu kurz bemessen ist.

Die Gefährlichkeit und die Langlebigkeit des atomaren Abfalls wurden in den sechziger und siebziger Jahren noch völlig unterschätzt. Der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker sagte im Jahr 1969 zur Entsorgung von Atommüll: "Dieses ist, soweit ich es sehen kann, wenn man es ernstlich behandeln will, überhaupt kein Problem ... Ich habe mir in Karlsruhe sagen lassen, dass der gesamte Atommüll, der in der Bundesrepublik im Jahr 2000 vorhanden sein wird, in einen Kasten hineinginge, der ein Kubus von 20 Meter Seitenlänge ist." Im gleichen Jahr erklärten die Betreiber des Atommülllagers Asse, das Bundesforschungsministerium und Euratom, dass die Asse „gefährlos für alle Zeiten“ sei und Prof. Klaus Kühn, der spätere wissenschaftliche Leiter der Asse, schloss einen „Wassereinbruch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus“. Alle diese Prognosen hatten noch nicht einmal für eine Generation Bestand. Schon Ende der achtziger Jahren kam es zum Wassereinbruch in der Asse.

Die Bundesregierung will die Erfahrungen in der Asse ignorieren und in Gorleben einfach weiterbauen, obwohl sich heute belegen lässt, dass die Asse der Prototyp für Gorleben war. Die Sicherheitsanforderungen für Endlager sollen sogar gesenkt werden. Zu allem Überfluss soll auch

noch die Menge des Atommülls durch Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke erhöht werden.

Diese Ignoranz treibt viele Menschen um. Diese Ignoranz widerspricht auch humanitären und christlichen Grundwerten. Viele Menschen sorgen sich um unsere Kinder und Kindeskiner, die dieses radioaktive Erbe zwangsläufig übernehmen müssen.

Viele Bürgerinnen und Bürger werden in einer Woche nach Gorleben reisen, um dort zu demonstrieren. Darunter werden Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik sein: BäuerInnen, PastorInnen, Handwerker, Ingenieure, Krankenpfleger, LehrerInnen, ProfessorInnen, Beamte, SchülerInnen und Rentner. Ein breites Spektrum quer durch alle Schichten und Altersgruppen unserer Gesellschaft versammelt sich zu einem bunten, friedlichen und entschiedenen Widerstand, der sich auch in Formen des zivilen Ungehorsams ausdrückt.

Es muss in diesem Zusammenhang bedenklich stimmen, dass Ihr Innenminister so wie auch Abgeordnete aus Ihrer Regierungsfraktion immer wieder der Gewalt das Wort reden und versuchen, ständig angebliche Bedrohungsszenarien aus den Reihen der Protestierenden in die Welt zu setzen.

Ich möchte Sie bitten und auffordern, Ihren Einfluss im Sinne einer Mäßigung dieser CDU-Vertreter geltend zu machen. Niemandem kann an einer Verschärfung der Stimmung und der Zuspitzung der Konfrontation gelegen sein.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie auch auf, in Gorleben keine weiteren Fakten zu schaffen: Weder durch einen weiteren Atomtransport nach Gorleben noch durch den Weiterbau in der Schachanlage. Längst werden im Wendland die Grundrechte einer freiheitlichen Demokratie durch flächendeckende und Tage andauernde Demonstrationsverbote ausgehöhlt.

Nach 33 Jahren ist es an der Zeit eine falsche Entscheidung zu korrigieren. Es wäre in Ihrer Macht, durch eine klar ablehnende Haltung zu den Beschlüssen der Bundesregierung ein Zeichen zu setzen. Geben Sie Gorleben auf. Legen Sie den Grundstein für eine neue vergleichende Suche nach einer Lagermöglichkeit für hochradioaktiven Atommüll.

Es ist höchste Zeit für eine mutige Entscheidung.

Mit freundlichem Gruß

Stefan Wenzel